hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein **www.du4.li Ausgabe 3/20 – September 2020**

Am Volk vorbei!

von Harry Quaderer

Das Liechtensteiner Stimmvolk hat am 30. August dem wirtschaftlichen und politischen Establishment eine gehörige Watsche erteilt. Der Liechtensteinische Bürger und die Liechtensteinische Bürgerin lassen sich nicht so leicht blenden, wie es sich der Marketingstratege der IG Mobiles Liechtenstein wohl vorgestellt hat. Rührselige Leserbriefe, zum Teil mit gelinde gesagt kindischen Argumenten, und diffamierende Angriffe gegen die Opposition haben die Stimmung gekippt. Zu viel ist zu viel!

Da waren sich die Grossparteien VU und FBP einig, da spannte die FL mit dem VCL und der LGU zusammen, da warben die Industriekapitäne der LIHK, da polterte der Präsident der Gewerbekammer in einem Brief an die S-Bahn-Gegner. Das Fass zum Überlaufen gebracht und jegliche Glaubwürdigkeit im Wind liegen gelassen hat die Vorsteherkonferenz, von der Vorsteherin in Ruggell bis zu den Vorstehern in Triesenberg und Balzers sahen sie alle nur Vorteile in der S-Bahn! Das nahm ihnen das Volk beim besten Willen nicht ab!

Dass sich dann auch noch der Bankenverband oder der Liechtensteinische Ingenieurverband (nicht einstimmig!) oder eine CIPRA für die S-Bahn aussprachen, lassen wir mal so stehen. Natürlich haben einige politische Alt-Akteure aus Land und Gemeinden sich auch von der IG Mobiles Liechtenstein für die S-Bahn einspannen lassen. Da schrieb doch der Altvorsteher vom Triesenberg einen für die Fasnachtszeitung geeigneten Leserbrief. Da polterte der Alt-Vorsteher Donat Oehri aus Gamprin. Die Show die Donat Oehri und Ex-Amt für Bau und Infrastruktur-Chef Markus Verling bei 1FLTV abzogen, scheint gar nicht gut angekommen zu sein. Im Gegenteil! Da waren die Argumente von Roland Lapp, welchen sie schamlos zu desavouieren versuchten, doch viel stichhaltiger und treffsicher. Die fast zehntausend Klicks, welche Herr Lapp auf der Internet-Präsenz von 1FLTV erhielt, dürften einen Rekord darstellen.

Sehr enttäuschend für mich als Schaaner war natürlich auch, dass sich unser Vorsteher mit solcher Vehemenz für die S-Bahn einsetzte. Speziell für Schaan sind die Trasse und die Bahnübergänge eine Katastrophe. Daniel Hilti dachte wohl als Vorsteher, der immer mit hoher Zustimmung gewählt wurde, würden ihm die Schaaner aus der Hand fressen. Die Tatsache, dass sich alle VU-Gemeinderäte in Schaan hinter dieses Vorhaben stellten, lässt vermuten, dass die VU Schaan wie Marionetten des Vorstehers tanzen. Doch wie im ganzen Land, auch die Schaaner liessen sich nicht beeindrucken und von leeren Argumenten blenden.

Und nochmals zurück zur IG Mobiles Liechtenstein: Es lässt sich stark vermuten, dass der Urheber der sehr vielen Leserbriefe ein Büro aus Mauren war. Gemunkelt wurde, dass es der einst verlorene Sohn aus der FBP-Fraktion hätte sein können. Ex-Verkehrsminister Martin Meyer hat sich auch ganz gewaltig ins Zeug gelegt. Sogar mehr als damals, als er der zuständige Minister war. Was für Absichten steckten da wohl dahinter?

Düstere Bilanz für Daniel Risch: «Tour de Ski = bachab; S-Bahn = bachab. Dazu eine fragwürdige Rolle beim Post-Debakel.

Zu guter Letzt versuchten ein paar private Leserbriefschreiber den schlecht argumentierenden S-Bahn Befürwortern den Rücken zu stärken, indem sie der DPL und den DU die Leviten lesen wollten, dann aber lediglich zu plumpen Verunglimpfungen fähig waren. Den S-Bahn Gegnern «schmale Gehirnbahnen, Trumpismus, Ausländerfeindlichkeit» etc. vorzuwerfen, das zeugt weder von guter Kinderstube noch von einem gesunden Demokratieverständnis. Auch ein ehemaliger Landesplaner hat sich mit seinem Ton und seiner Art keinen Gefallen getan. Wer den Alt-Landesplaner kennt und wer von seiner früherer Tätigkeit als Landesplaner Kenntnis hat, fragt sich, hat er diese Leserbriefe nur als Gefallen für seine Gattin, die Geschäftsführerin der LIHK ist, geschrieben? Ein Schelm, wer Böses denkt.

Den Vogel abgeschossen hat der ehemalige VU-Präsident und abgewählte Ruggeller Vorsteher Jakob Büchel. Er begeiferte gleich alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die nicht pro S-Bahn waren, als arme kleingeistige Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen. Wie viele VU-Wählerinnen und Wähler hat er mit seiner Aussage wohl beleidigt? Politisches Gespür sieht anders aus!

Die grosse politische Verliererin der S-Bahn-Abstimmung ist ohne Wenn und Aber die Vaterländische Union. Sie hat mit geballter Kraft versucht, ihrem Verkehrsminister und Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch den Weg zu einem grossen Erfolg vor der Landtagswahl zu ebnen. Dies ist ihr kläglich misslungen. Die Überschrift über einem Vaterland-Beitrag «Die VU als Motor für politische Bewegung» könnte man nach der Volksabstimmung zur S-Bahn umformulieren in «Die VU als stotternder Motor für politische Bewegung».

Aber wie halt immer nach Wahlen oder Abstimmungen sind alle Gewinner. So äusserten sich denn auch der VU-Parteipräsident und sein Schützling Daniel Risch äusserst zufrieden, da man nun endlich Klarheit in Sachen S-Bahn geschaffen habe. Klarheit geschaffen hat das Liechtensteinische Stimmvolk und nicht die VU! Sehr geehrter Herr Verkehrsminister Risch, nehmen Sie den Auftrag des Volkes ernst. Der Vertrag mit der ÖBB gehört gekündet, ohne Wenn und Aber. Diese Bahntrasse gehört Liechtenstein und das Volk hat entschieden sie will diese Schienen nicht. Mit einem Kündigungsschreiben und einer Reise nach Wien vor den Landtagswahlen könnte Risch ganz gewaltig punkten.

Als die grossen Schleicher nach der S-Bahn-Abstimmung darf man wohl den FBP-Präsidenten Marcus Vogt und den FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry bezeichnen. Für Marcus Vogt schien nach der Abstimmung der Fall von vornherein klar gewesen zu sein. Dass die FBP und VU als Regierungsparteien hinter diesem Projekt standen, schien er auf einmal vergessen zu haben. Dass sich Daniel Oehry mit Vehemenz und grossem Einsatz für die S-Bahn stark gemacht hatte, war am und nach dem Abstimmungssonntag zumindest von seiner Seite nicht mehr zu hören. Auch für ihn war diese Abstimmung eine grosse Schlappe. Dass der Abgeordnete Alexander Batliner im Liechtensteiner Vaterland eine ganze Seite zur Verfügung bekam, um die S-Bahn anzuzweifeln, dürfte auch einigen FBP-Wählern aufgefallen

Fortsetzung auf Seite 2

Abstimmungssonntag – ein Fazit

von Ado Vogt

Gross war die Ernüchterung der Politologen und der Befürworter der Abstimmungsvorlagen, als dreimal ein wuchtiges Nein über den Bildschirm flimmerte.

War das Nein zu HalbeHalbe schon im Voraus abzusehen, so staunten die Vertreter der Grossparteien ob des deutlichen Nein zur S-Bahn. Hier war selbst am Tage vor der Abstimmung noch zu lesen, es würde eine knappe Angelegenheit werden.

Was sind aus meiner Sicht die Gründe für dieses regelrechte Abstimmungsdebakel für die Befürworter? Die Nachwahlbefragung hat ergeben, dass es hinsichtlich der demographischen Faktoren keine signifikanten Unterschiede gibt. Das bedeutet, jung wie alt, männlich wie weiblich, Oberland und Unterland haben die S-Bahn-Vorlage ähnlich wuchtig abgelehnt. Zudem hatte sich ein Grossteil der Wählerinnen und Wähler schon vor Beginn des Abstimmungskampfes entschieden, Nein zu stimmen.

Insofern kann es nur eine Antwort geben: Die Grossparteien und die Freie Liste haben schlicht und einfach nicht verstanden, ob so eine Vorlage eine Mehrheit findet. Allein die Tatsache, dass von aktuellen und ehemaligen Politikern in Leserbriefen behauptet wurde, die Mehrheit der Liechtensteiner würde hinter der S-Bahn stehen, spricht Bände. Hier haben die Befürworter der S-Bahn eine Flughöhe erreicht, die weit über den Köpfen der Bevölkerung liegt. Die Enkeltauglichkeit wurde selbst von den Jungen nicht gesehen und auch die – meiner Meinung nach – populistische Forderung, im Gegenzug zum Ja zur S-Bahn 100 Millionen Franken in die AHV einzuschiessen, hat bei den älteren Bürgern nicht verfangen.

Man wollte mit der Brechstange eine positive Entscheidung herbeizwingen und rasch wurden gegen die Vorlagengegner Vorwürfe wie «Lügen», «Fake News», «Trumpismus» und Populismus ins Feld geführt, ohne selbst für die doch recht tollkühnen Annahmen bezüglich Fahrgastzahlen, Güterzügen und begleitenden Massnahmen, etwa in Schaan, stichhaltige Erklärungen parat zu haben.

Insofern war das Abstimmungsresultat eine logische Konsequenz. Wenn ich mir die Diskussion in der Aktuellen Stunde im Landtag anhöre, wo bereits wieder irgendwelche Visionen herbei fantasiert wurden, bezweifle ich, ob die Message des Volkes angekommen ist.

Deshalb braucht es die Unabhängigen

Wir verhindern, dass sinnlose und nutzenfreie Ausgaben die nächsten Generationen unnötig belasten. Wir setzen uns für nachhaltige Staatsfinanzen ein. Nur mit einem vollen Kässeli können wir die gewaltigen Aufgaben der Zukunft, wie etwa die Pflegeversicherung oder die langfristige Sicherung der Altersvorsorge gewährleisten. Setzen wir das Staatsvermögen bei Infrastrukturprojekten dort ein, wo es am meisten nützt.

EDITORIAL

In den letzten Jahrzehnten ist in manchen Kreisen das Demokratieverständnis geschwunden, die Demokratie hat rund um den Globus entsprechend Schaden genommen.

Kommunikations- und Meinungsmanagement verdrängen das öffentliche Debattieren, den Austausch von gehaltvollen Argumenten und damit die gemeinsame Entscheidungsfindung immer mehr. Wesentliche politische Entscheidungen werden zunehmend von demokratisch wenig oder nicht legitimierten politischen oder wirtschaftlich motivierten Interessensgruppen herbeigeredet und wenn möglich erzwungen.

Solche Interessensgruppen, also Vereine, Verbände, etc. gibt es auch in Liechtenstein genügend. Ihr politischer Einfluss ist gross, obwohl sie keine «Volksvertretungen» sind, sondern eigentlich nur Vereinigungen von Gleichgesinnten, die demokratisch nicht rechenschaftspflichtig sind und vom Volk nicht abgewählt werden können, wenn ihm, dem Volk, ihre Absichten und Interessen nicht gefallen.

Obwohl sie politisch nicht zur Rechenschaft gezogen und gegebenenfalls abgewählt werden können, haben die Interessensgruppen (noch) Spuntis vor dem Volk, genauer gesagt vor Volksabstimmungen. Zum Glück beteiligen sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner im internationalen Vergleich meist (immer noch) sehr zahlreich an Volksabstimmungen und Wahlen.

Um Volksabstimmungen möglichst zu vermeiden, wird deshalb gerne eine spezielle Taktik angewandt: die Salamitaktik. Dafür gibt es in Liechtenstein viele Bespiele. Das jüngste: Der Ausbau der Bahnlinie von Feldkirch nach Buchs wurde dem Volk als erster Schritt in der Umsetzung des sogenannten Mobilitätskonzepts präsentiert. Der erste Schritt? Seit Jahren versucht eine Minderheit, die Bahn in Liechtenstein auszubauen und damit unser Verkehrsproblem zu lösen. Die Absicht dahinter mag eine gute sein: Man will die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel fördern und den motorisierten Privatverkehr möglichst reduzieren. Die inzwischen sattsam bekannte Hoffnung lautet seit Jahren: Hätten wir eine gute Bahnverbindung von Österreich und der Schweiz nach Liechtenstein würden täglich tausende Pendler ihr Auto zu Hause lassen und mit der Bahn nach Liechtenstein zur Arbeit kommen; der Strassenverkehr könnte so reduziert werden.

Dieses Argument konnte und kann aber offensichtlich keine Mehrheit überzeugen. Das hat das Abstimmungsresultat gezeigt. Mit einer S-Bahn lässt sich unser Verkehrsproblem nicht lösen. Es werden z.B. auch Strassen gebaut werden müssen.

Um die Skepsis gegenüber der Bahn zu überwinden, wurden immer wieder neue Anläufe genommen, aber es wurden keine neuen, überzeugendere Argumente vorgebracht.

Anstatt überzeugendere Argumente bekam man Totschlagargumente zu hören: Wenn wir die S-Bahn ablehnen, dann ist das Mobilitätskonzept kaputt, dann kommen wir Jahre lang nicht mehr vom Fleck. Mit einem Nein würden wir unsere wirtschaftliche Zukunft gefährden, etc.

Und wenn solche Angstmacherei auch nicht die gewünschte Wirkung hat, dann wird man persönlich. Es ist eine Schande für unsere Demokratie, wie S-Bahn-Gegner, darunter sogar Leute mit einschlägiger Berufserfahrung in der Güter- und Personenlogistik, als dumm oder senil verunglimpft wurden, ohne dass auf ihre Argumente eingegangen worden wäre.

Wie schlecht es in manchen Köpfen um das Demokratieverständnis bestellt ist, offenbarte ein ehemaliger Parteipräsident, der nach der Abstimmungsniederlage Liechtenstein als «arm und kleingeistig» bezeichnete.

Vor dem Hintergrund solcher demokratiefeindlichen Vorgänge ist das Positivste an der S-Bahn-Abstimmung die Tatsache, dass die Stimmbevölkerung die elitären Besserwisser wieder einmal in ihre Schranken verwiesen und damit unsere Demokratie gestärkt hat.

Pio Schurti

Nachlese zur S-Bahn-Abstimmung

von Caspar Hoop

Die Schlacht ist geschlagen, das Resultat ist eine klassische Niederlage der politischen Parteien, ausser für DU und DpL. Ein klassischer Dämpfer auch für all die Verbände und Vereinigungen, Altmandatare und pensionierten Amtsleiter, die sich, aus welchen Gründen auch immer, vorbehalts- und kritiklos hinter ein Projekt gestellt haben, das vom Stimmvolk krachend versenkt wurde. Obwohl mit Plakaten, meist mit Jugendlichen als Fotosujets, und Sprüchen wie «Ja zur S-Bahn, ja zu unserer Zukunft» unsägliche Rattenfängerei betrieben wurde, gelang es nicht, das Volk zu verführen. Der in schrillen Farben und Tönen vorgetragenen Zukunft haben sogar die angesprochenen Altersgruppen keinen Glauben geschenkt. Nach diesem Abstimmungssonntag dachte sich wohl mancher, wenn wir doch nur das Volk austauschen könnten.
Nur zwei Tage nach dieser denkwürdigen Abstimmung ging das politische Liechtenstein zur Tagesordnung über. Das Stimmvolk hat gesprochen, die Sache ist erledigt. Gemäss Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und der VU handelte es sich um eine reine Sachabstimmung und für die FBP war der Sündenbock in der Person der Vizeregierungschefs schnell ausgemacht. Keine Worte mehr der Selbstbesinnung, geschweige denn Demut, nein, es geht in gewohntem Stil weiter, da man ja glaubt, eigentlich nichts falsch gemacht zu haben, und auch auf die Seite wischt, dass auf Fragen zu laufenden Betriebskosten bei einem Ja keine befriedigenden Antworten gegeben wurden. Vielleicht auch deshalb, weil diese Fragen in vielfach substanzlosen Leserbriefen (aus einem Inserat einer befürwortenden Firma), gestellt wurden. Antworten auf substanzlose Fragen kann man sich sparen.
Das Mobilitätkonzept 2030 soll einfach weiterverfolgt werden, diesmal ohne S-Bahn, die immer als das Rückgrat dieses Konzepts beworben wurde. Ein Mensch ohne Rückgrat kann sich nicht mehr aufrecht bewegen, ein Mobilitätskonzept scheinbar schon. Das Undenkbare darf nicht gedacht werden: Wie z. B. würde das Mobilitätskonzept aussehen ohne Geleise, ohne Trasse, ohne Zögli, ohne ÖBB?
Ein Plan B wurde nie ausgearbeitet. Warum nicht? Waren die Verantwortlichen in einer solchen Blase gefangen, die kein Scheitern an der Urne vorsah?

> Zehn Meter Land links und rechts des Geleises gehören der ÖBB und sind somit österreichisches Hoheitsgebiet.

Vor der Abstimmung wurde in zwei Leserbriefen von Herrn Dr. Viktor Arevalo ein wichtiger Punkt angesprochen, nämlich die Verfassungsmässigkeit der Abstimmung an sich. Über den Souveränitätsvorbehalt schrieb er: «Als allentscheidend für Verkehrswege, die das Territorium eines Staates durchschneiden, um dritte Staaten zusammenzubinden, gilt der Souveränitätsvorbehalt! Das Land, das als Brücke zwischen Dritten dient, muss die Oberhoheit über die Brücke unbedingt behalten, sodass diese völkerrechtlich und faktisch die Nation nicht zertrennt.» Seine intensive Suche nach einem Staatsvertrag, oder einem Gesetz zwischen Liechtenstein und Österreich, der den Vorbehalt für die S-Bahnstrecke Feldkirch-Buchs regelt, verlief ohne jeden Erfolg.
Auf solche für Liechtenstein eminent wichtigen Fragen ging die Regierung nie ein. Für manche Vorlagen werden Rechtsgutachten eingeholt. In diesem Falle nicht. Warum nicht? Wir wurden und werden nicht informiert. Vielleicht deshalb, weil die Verantwortlichen selber keine Ahnung haben?
Falls nämlich Dr. Arevalo recht hat, könnte dies die gesamte Diskussion um eine Vertragsverlängerung mit den ÖBB in eine ganz andere Richtung lenken.
Grundsätzlich ergibt das Abstimmungsresultat doch das Mandat an die verantwortlichen Verhandlungspartner, den Vertrag und die Konzession von Grund auf neu zu verhandeln anstatt einfach einen alten Vertrag weiter über weitere 50 Jahre zu verlängern.
Unter anderem würden z.B. auch die Argumente eines in den Zeitungen despektierlich behandelten «Eisenbahntarifeurs» neue Aktualität erhalten. Wenn Liechtenstein schon Gebühren an die ÖBB bezahlen muss für eine Wasserdurchleitung unter dem Bahngeleise, um wie viel mehr sollte dann die ÖBB Gebühren zahlen müssen für jeden Güterzug, der unser Land durchquert?
Alles in allem ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie eine Agenda von oben mit hammermässigen Propagandamitteln verschiedenster Art und mangelhaften, rudimentären Informationen durchgedrückt werden sollte, aber oder gerade deshalb an der Urne verworfen wurde. Diese Abstimmung kann nicht einfach als schiefgelaufene Sachabstimmung abgehakt werden. Alle dafür Verantwortlichen haben beim Volk sehr viel Vertrauen eingebüsst.

Krankenkassenprämien werden steigen

von Harry Quaderer

Man höre und schaue genau hin. Die Kosten der OKP haben mit einer Steigerung von 5.6% im Jahre 2019 einen neuen Höchststand erreicht. Vor allem die Kosten der Spitalleistungen sollen gestiegen sein! Der Landtag musste in seiner September-Sitzung einen Nachtragskredit für das LLS von 1.6 Millionen Franken sprechen.
Einiges hängt da schief. Es ist verständlich, dass das LLS während der Corona-Krise auf Minimalbetrieb umgestellt hat. Nicht notwendige Behandlungen wurden auf Eis gelegt. Jetzt aber das Kuriose: Das Landesspital hatte im ersten Halbjahr 2020 rund 800‘000 Franken mehr Umsatz erzielt als im gleichen Zeitraum im Vorjahr! Im Jahr 2019 gab es ja bekanntlich noch keine Pandemie. Also warum brauchte das LLS einen Nachtragskredit? Der Abgeordnete Thomas Lageder hat den Finger in den wunden Punkt gelegt: «Es scheint hier eine massive Mengenausweitung vonstatten gegangen zu sein. Jedenfalls ist es für mich nicht logisch erklärbar, dass ein Spital, das im minimalen Betrieb arbeitet, seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr noch steigern konnte». Und der Abgeordnete Wendelin Lampert erklärte sein «Bauchweh» folgendermassen: So würden die Zahlen der Regierung jenen des Liechtensteiner Krankenkassenverbandes (LKV) diametral widersprechen. Während die Regierung im stationären Bereich von einem Minus von 630‘000 Franken gegenüber den budgetierten Einnahmen spreche, zeige der LKV eine Zunahme der stationären Kosten von 76% auf. «Mir ist schon bewusst, dass sich die Zunahme vor allem auf eine andere Institution bezieht, dennoch erwirtschaftete auch das Landesspital im stationären Bereich trotz Corona mehr, als noch im ersten Halbjahr 2019», so Lampert.
Dass die Finanzkommission sich aufgrund von fehlenden Zahlen und Informationen mit nur 3:2 Stimmen dafür ausgesprochen hat, dem Landtag keine Empfehlung zum Nachtragskredit zu geben, spricht doch auch Bände!
Also bitte nicht lang um den Brei herumreden. Auch das Clinicum Alpinum in Gaflei fliesst nun in die Statistik ein. Das dürfte dann wohl auch die Mengenausweitung erklären. Hiess es da nicht einmal, dass das Clinicum Alpinum sich vor allem um ausländische Patienten und Patientinnen kümmern würde. Die Statistik lässt ganz anderes erahnen. Und wer glaubt, dass sich diese Mengenausweitung nicht auf die Prämie niederschlagen wird, soll weiter glauben.

Am Volk vorbei!

Fortsetzung von Seite 1

sein und die Stimmung im Lager der S-Bahn-Befürworter in der FBP doch auch ein bisschen in Wallung gebracht haben.
Wo war die Freie Liste? Zählt sie neben der Vaterländischen Union nicht auch zu den ganz grossen Verlierern? Waren nicht alle drei Abstimmungen geradezu Freie Liste-Kost? Hat man ein Wort vom sonst rhetorisch nicht zimperlich agierenden Thomas Lageder von der Freien Liste vernommen? Grosso modo muss man sagen, dass sich die Freie Liste vornehm aus diesem Abstimmungskampf herausgenommen hat. Dafür dürfte sie spätestens bei den Landtagswahlen auch von ihren eigenen Wählerinnen und Wählern eine Antwort erhalten. Dass die Verbündeten der FL, die LGU und der VCL, sich grösstenteils aus dem Abstimmungskampf zur S-Bahn heraushielten, kann man irgendwie nachvollziehen. Denn vor allem der VCL hat in Sachen Verkehrspolitik ohnehin jahrelang den Takt vorgegeben. Es scheint, als ob das Verkehrsministerium von Georg Sele, der einen Verein von gerade mal 350 Mitgliedern anführt, vollumfänglich vereinnahmt wurde. Der VCL und Georg Sele haben am 30. 8. die Quittung erhalten. Es ist höchste Zeit, dass wir Verkehrsexperten reden lassen, die sich für und nicht gegen das Volk einsetzen. Es ist Zeit, dass diese selbst ernannten Verkehr-Gurus ihre Ämtchen abgeben und Leute mit gesundem Menschenverstand ans Werk lassen!
DU, die DPL mit ihrem vermeintlich überparteilichen Komitee «S-Bahn Nein», haben zusammen mit ein paar couragierten Leserbriefschreibern entlang und abseits der Bahnlinie den S-Bahn-Propagandisten den Spiegel vors Gesicht gehalten und auf der ganzen Schiene recht bekommen!
Wenn es dem Wahlvolk bei den Landtagswahlen ernst ist, müssen die Wähler sich halt auch für die Opposition entscheiden. Ansonsten können sie sich dann mit einer FBP/VU oder VU/FBP oder, wie man immer wieder munkeln hört, mit einer VU/FL-Regierung begnügen. Das dürfte und sollte doch zu denken geben.
Die Schienen von Schaanwald bis zur Rheinbrücke Buchs gehören aufgerollt! Die Lösungen liegen auf der Hand.
Ja, wir brauchen eine Nord-Lösung, aber nicht in Liechtenstein, sondern in Österreich. Die ÖBB soll eine Verbindung nördlich von Feldkirch mit Verbindung nach Buchs bauen. Natürlich gälte eine solche Lösung auch für die Autobahnverbindung von Österreich in die Schweiz. Dies würde dann ja sicherlich mal die Bärenkreuzung entlasten und vielleicht könnten die Vorarlberger sich die teure Tunnelvariante ersparen. Dass wir Einfluss auf eine solche Lösung haben ist illusorisch, sollten sich aber ein Türchen für eine solche Variante öffnen, sähe ich kein Problem dabei, dass Liechtenstein sich daran auch finanziell beteiligt.

Buspuren, Busbuchten und Gratisbus

Warum bieten wir den ÖV-Service nicht gratis an? Wenn das ÖV-Angebot auch noch in Sachen Fahrplan passt, dann wird er von der Bevölkerung auch positiv aufgenommen. Vielleicht kommt sogar der eine oder andere Tourist ins Land, um von einer solchen Lösung zu profitieren.

Homeoffice

Wie viele tausende Pendler könnten ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen und müssten nicht per Auto nach Liechtenstein reisen? Zeigt die derzeit grassierende Corona- Krise nicht auf, dass Homeoffice eine Zukunftslösung sein kann? Selbstverständlich muss grenzüberschreitend gedacht werden. Sei es die Sozialversicherung, sei es Datenschutz – wo ein Wille, da ein Weg. Dahingehend sollten sich unsere Regierungen ernsthaft grenzübergreifend Gedanken machen.

Schienen aufrollen

Das Land Liechtenstein und die Gemeinden haben der ÖBB vor über hundert Jahren diese ganze Trasse geschenkt! Nein, nicht nur geschenkt, sondern 2000 Tage Frondienst gab es oben drauf. Es ist Zeit, dass wir diesen Schienenzopf, von welchem wir Liechtensteiner null Komma null Nutzen haben, abzuschneiden. Wir vertun uns gar nichts, im Gegenteil, die freiwerdende Trasse wird für etwas Besseres genutzt werden können, als Güter von Ost nach West oder umgekehrt zu karren. Sollte unser Verkehrsminister einfach glauben, die Konzession für diese Trasse für weitere 50 Jahre verlängern zu müssen, kann man mit Fug und Recht behaupten, dass er das Ohr nicht beim Volk und somit in der Regierung nichts zu suchen hat.

Liechtenstein ist kein NEIN-SAGER Volk

Der «Abstimmungssupersonntag» vom 30. August hat nicht nur eine rekordverdächtige Abstimmungsbeteiligung mit sich gebracht, sondern auch Abstimmungsresultate, die in ihrer Klarheit nichts zu deuten übrig lassen. Da können Politologen ihre Weisheiten vor und nach den Wahlen zum Besten geben, wie sie wollen. Tatsache ist, das Volk ist nicht dumm, das Volk beschäftigt sich mit den Vorlagen und vor allem, das Volk lässt sich nicht mit billigen Leserbriefen und durch Marktschreierei beeinflussen. Das Volk weiss, was es will. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Nein sagen, sagen letztlich Ja zu sich selbst. Sie vertrauen sich selbst, nicht Blendern oder Schaumschlägern.

Liechtenstein braucht eine starke Opposition

Nie mehr wie jetzt müsste es vielen Leuten einleuchten, was wohl passiert wäre, hätten die Oppositionsparteien DU und DPL nichts gegen diese JA-Sager- Armada unternommen. Die Regierungsparteien FBP und VU hätten zusammen mit den diversen Verbänden und ihren Parteiblättern dem Volk die Wolle über die Ohren gezogen. Und weil ein Grossteil der Stimmberechtigten in solchen Situationen oft nur die Faust im Sack macht, braucht es immer wieder Leute die den Kopf zum Fenster raushalten und den Gegenwind und z.T. niveaulose Angriffe auf die Person wegstecken. Es ist einfach, in der Politik mit dem Strom zu schwimmen. Es ist ein Einfaches, sich hinter der Partei, hinter einer Vorsteherkonferenz, hinter einer Fraktion wegzuducken. Es braucht immer wieder Frauen und Männer, die sich gegen Parteidruck etc. stemmen und standhaft bleiben. Auch wenn es nicht immer leicht fällt, so manchen persönlichen Angriff oder anonymen Brief wegzustecken, sind die Unabhängigen stolz auf ihr Engagement im Dienst der Sache und als Vertreter der unabhängig denkenden und handelnden Bevölkerung.

• • •

Sollte Dir unsere Oppositionspoliktik gefallen, melde Dich doch für eine Kandidatur. Wir suchen couragierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahlen 2021!

Schreib ganz einfach eine Mail an info@du4.li und wir werden das Gespräch mit Dir suchen.
(siehe Seite 4)

du
die Unabhängigen – für Liechtenstein

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins «du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti

Adresse:
du – die Unabhängigen
Landstrasse 60
Postfach 442
9490 Vaduz
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 20‘500 Exemplare

...dass Opposition so nötig sei wie ein entzündeter Blinddarm?

von Jürgen Beck

Geschätzte Leser, Sie können sich sicher vorstellen, dass ich während meiner aktiven politischen Zeit – 8 Jahre als Gemeinderat von Vaduz und nun fast 12 Jahre als Landtagsabgeordneter – so manchen mehr oder weniger gut gemeinten Ratschlag bekommen habe. Im Nachgang der Abstimmungen vom 30. August habe ich mich an eine Aussage eines hochrangigen und hoch angesehenen Parteifunktionärs einer Grosspartei, der ich einmal nahestand, erinnert. Dieser besagte Politiker sagte damals zu mir, dass Opposition in Liechtenstein so nötig sei wie ein entzündeter Blinddarm.

Dass wir eine Opposition in unserem Land brauchen, das hat sich in den letzten Monaten so deutlich gezeigt, wie schon lange nicht mehr. So wie es scheint, hat die unabhängige Opposition als einzige politische Kraft erkannt, wie das Stimmvolk tickt. Wir von den Unabhängigen haben uns auf die Fahnen geschrieben, dass wir uns nicht vom reichlich gedeckten Tisch bedienen, wie dies andere politische Akteure immer schamloser tun. Wir haben gesehen, wohin solche Abhängigkeiten führen. Frei nach dem Motto, bist Du nicht meiner Meinung, bekommst Du auch kein Pöstchen oder keinen Auftrag oder deine Leistungsvereinbarung wird gekürzt oder was auch immer.

Leider musste ich in den letzten Jahren vermehrt feststellen, dass in Liechtenstein nicht alle Bürger gleichbehandelt werden. Das bedeutet, dass sich die Maxime, «ich halte lieber das Maul und füge mich der Macht» vor die wahren Werte, bzw. die eigene Meinung, eingereiht hat. Es wird so getan, als ob alle glücklich und zufrieden wären. Andersdenkende werden der Einfachheit halber als populistische Wutbürger, Querulanten und Ewiggestrige abgekanzelt, ja sogar als dumm und ungebildet bezeichnet.

> Dass wir eine Opposition in unserem Land brauchen, das hat sich in den letzten Monaten so deutlich gezeigt, wie schon lange nicht mehr.

Irgendwie verständlich, denn es geht uns über die Massen gut. Aber reicht denn der materielle Wohlstand aus, brauchen wir nicht etwas mehr, um wirklich zufrieden zu sein? Perfid an der Angelegenheit ist, dass sich diese Ungleichbehandlung schwer beweisen lässt. Das Verteilen von (Wahl-)Gschenkli wurde mittlerweile perfektioniert. Dies ist auch ein Grund, warum sich FBP und VU in friedlicher Koexistenz ergänzen, die Posten unter sich verteilen und manchmal, meist vor Wahlen, einfach so tun, als ob sie sich bekämpfen würden. Das erfordert manchmal Opfer, aber das eine oder andere politische Soldätchen ist in dieser Rechnung einkalkuliert, es dient ja einer grösseren Sache. Dass ein solches Gebaren verführerisch ist, erkennt man an der ältesten Oppositionspartei, der FL, die langsam aber sicher von ihren Idealen abdriftet und sich vom Lichte der politischen Macht blenden lässt.

Damit das System auch funktioniert, wurden über die Jahre zur Sicherheit und zur Legitimation irgendwelche Gremien eingeführt, die gesetzlich legitimer Weise aber aus reinem Eigennutz jederzeit als Alibi genutzt werden können. Der Vorteil ist, dass niemand den Sinn dieser Gremien (Vorsteherkonferenz, Parteivorstände, Ortsgruppen, etc.) hinterfragt, warum auch? Es war immer so… Operette auf höchstem Niveau.

Schöne heile Welt! Das Ganze hat nur einen Haken: es gibt Verlierer, wobei ein grosser Verlierer unsere Gesellschaft, unser Miteinander ist. Entscheiden Sie selbst, ob ein entzündeter Blinddarm auch etwas Gutes haben könnte. Einer meiner Deutschlehrer sagte einmal zu mir, dass man meist erst in der Krankheit die wahren Werte erkenne.

Liechtenstein braucht die Opposition genauso wie eine reinigende Krankheit und Liechtenstein braucht die Opposition, damit ein faires Miteinander überhaupt möglich ist.

Frauen Power!

Die so genannte «Care-Arbeit», die grösstenteils von Frauen erledigt wird, ist das Fundament der Wirtschaft.

von Jack Quaderer

Vor einiger Zeit habe ich im «hoi du» einen Artikel mit dem Titel «Bullshit Jobs» veröffentlicht. Ich fragte, ob wir in unserer aufgeblähten Landesverwaltung auch Leute beschäftigt haben, die sehr gut verdienen, deren Job aber letztlich «Bullshit», also nutzlos ist?

Noch vor dem Corona-Lockdown hat die Wirtschaftsjournalistin Patrizia Laeri in einer Kolumne im «Blick» die Tatsache kommentiert, dass mehr als die Hälfte der auf der Welt geleisteten Arbeit nicht bezahlt ist. Diese Gratisarbeit leisten vor allem Frauen. Sie kümmern sich um die Kinder, kochen, waschen, putzen und pflegen Kranke und Betagte. Mädchen und Frauen rund um den Globus leisten heute die fast unglaubliche Zahl von 12.5 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit. Würden sie streiken, ginge es in vielen Fällen um Leben und Tod.

Die so genannte «Care-Arbeit», die grösstenteils von Frauen erledigt wird, ist eigentlich das Fundament der Wirtschaft. Ohne die grossen Leistungen, die Frauen, ohne bezahlt zu werden, erbringen, gäbe es kaum eine florierende Wirtschaft, keine Profite... Care-Arbeit ist ein systemrelevanter Wirtschaftszweig. Seit über 50 Jahren werden Verbesserungen angestrebt, sogar die UNO und der IWF schlagen Massnahmen vor – bisher leider mit wenig Aussichten auf Erfolg.

Während des Lockdowns konnte man die Bilder aus den Krankenhäusern sehen. Die Krankenschwestern und Pflegerinnen kamen im Kampf gegen das Corona-Virus an vorderster Front zum Einsatz. Sie verrichteten extrem anstrengende und wichtige Arbeit, wohl wissend, dass sie für ihren Job z.T. schlecht bezahlt werden. Vor solchen Leuten kann man sich nur verneigen.

Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen geraten einkommensmässig immer mehr ins Hintertreffen. Eine Hebamme aus Zürich meinte: «Wie wär's, wenn man für die Swiss einfach klatschen würde statt Steuergelder zu verschwenden, und stattdessen investieren wir dieses Geld in die Pflege.»

Vielleicht würde man in unserem aufgeblasenen Staatsapparat auch den einen oder anderen Job finden, den es nicht wirklich braucht. Solche Arbeitsplätze oder Jobs sollten wir eliminieren und freiwerdende Gelder anschliessend an die schlecht verdienenden, aber systemrelevanten Berufsgruppen verteilen. Das wäre mal eine Ansage, die man gerne hören würde.

Das neue Jagdgesetz zielt in die falsche Richtung

von Werner Frommelt

Die Regierung schickte einige Änderungen im Jagdgesetz in die Vernehmlassung, in welchen es nur noch um das Abschiessen von Wildtieren geht, und zwar mit fraglichen, tierquälerischen Mitteln. Jagen in der Nacht, mit Scheinwerfern und Nachtsichtgeräten, in den Einständen der Wildtiere, ohne Rücksicht auf was geschossen wird. Dabei ist gar nicht bewiesen, dass Wald und Schutzwald in einem so «katastrophalen» Zustand sind wie immer beschworen wird. Aber das Ganze wird trotzdem nur auf diesem Argument aufgebaut.

Das Gutachten, das mit der Vernehmlassung vorgelegt wurde, das sogenannte «Frehnergutachten» (auf der Webseite des Amts für Umwelt) wurde von einheimischen Forstfachleuten und Wissenschaftlern so zerpflückt, dass nicht mehr viel übrig bleibt. In diesem sogenannten Gutachten wurden nicht wissenschaftliche Daten gesammelt, sondern einfach die Meinungen der Gemeindeförster zusammengetragen und zu einem Pseudogutachten zusammengeflickt.

Darauf stützen sich nun einige wenige Waldvertreter und behaupten, um dem Volk Angst zu machen, dass der Schutzwald uns nicht mehr vor Lawinen und Steinschlag schützen könne. Schaut man auf den Kanton St. Gallen, wo nach Angaben von Behörden und Jägern mehr Rotwild vorhanden ist als in Liechtenstein, kann man nachlesen, dass dort gerade mal rund 5% des Waldes in einem untragbaren Zustand ist. Bei uns sollen es 60% sein. Irgendwer rechnet hier mit falschen Voraussetzungen. Es wird gefordert, dass in naher Zukunft staatliche Jäger die jetzigen Revierjäger unterstützen sollen. Die Staatlichen sollen nun das Wild zusammenschiessen, damit der Wald keine Probleme mehr habe. Spricht man mit den jetzt tätigen Jägern und liest die Informationen, die auf der Webseite der Jägerschaft aufgeschaltet sind, kommt man zum Schluss, dass es eines nicht braucht, und das ist die Einmischung des Staates in die Jagd. Seit Jahrzehnten erfüllen unsere Jäger die Abschusspläne der Regierung zu 80-100%, das ist ein Spitzenwert im Vergleich zu den umliegenden Ländern und Kantonen. Und das, obwohl seit einigen Jahren völlig überbordende Abschusszahlen gefordert werden, zu denen auch Amtsleute öffentlich sagen, dass man diese eh nicht erreichen könne. Anscheinend möchte man mit dubiosen Mitteln den Beweis erzwingen, dass die Jäger nichts von der Jagd verstehen und nun der Staat eingreifen muss.

Dabei wird ausser Acht gelassen, dass der Bestand der Hirsche in den letzten zwanzig Jahren ungefähr halbiert worden ist. Niemand in unserer Region hat auf der Jagt dermassen viel getan wie die Liechtensteiner Jäger. Wie sollen da eine Handvoll staatlicher Jäger alles besser machen, was über 100 erfahrene, geländekundige und sehr engagierte Jäger erreichen? Hier geht es doch einfach darum, ein funktionierendes System zu zerstören, ohne dass man weiss, wie es in Zukunft weitergehen soll. Die Regierung scheint hier wieder einmal am Volk vorbei zu handeln. Wo das hinführt, haben wir ja bei den letzten Abstimmungsergebnissen gesehen.

Unsere Jäger jagen erfolgreich und nehmen Rücksicht auf den Tierschutz. Das kann man nicht verbessern, schon gar nicht dadurch, dass man in der Nacht, im hohen Winter und mit Nachtsichtgeräten und Scheinwerfern dem Wild nachstellt. Die Vorlage der Regierung ist so nicht brauchbar, sie zielt in die falsche Richtung und wird den Steuerzahler sehr viel Geld kosten. Und was das Schlimmste ist: Es besteht kaum Hoffnung, dass die geplanten Massnahmen mit staatlichen Jägern funktionieren werden. Die Gesetzesvorlage ist ein Blindgänger.

Statt mauscheln und kuscheln – unabhängig politisieren

DU – die Unabhängigen sind seit 2013 im Landtag vertreten. Sie haben sich als einzige, konsequente Oppositionspartei hervorgetan. DU – die Unabhängigen verstehen sich nicht als Partei im herkömmlichen Sinn. Anstatt einem Partei-Diktat zu folgen, politisieren die Unabhängigen unabhängig oder wie es in Liechtensteins Verfassung heisst: «nach bestem Wissen und Gewissen» und «ohne Nebenrücksichten».

Die Politik von Schwarz, Rot und Weiss ist geprägt von eigennützigen «Nebenrücksichten». Da wird taktiert, gemauschelt, Pöstchen geschachert... Die Gedanken, die man sich macht, sind rot-schwarz-weisse Hintergedanken.

DU – die Unabhängigen sind und bleiben die einzige Partei, welche ausschliesslich der Sache verpflichtet ist, keinen Pöstchenschacher betreibt und keine interessenvertretenden oder privateigennützigen «Nebenrücksichten» zulässt.

Diese Haltung zeigt sich auch in unserem Politikstil. Wir argumentieren unverblümt, mit gesundem Menschenverstand. Wir brauchen keine «Parteilinie», der wir folgen. Wir politisieren unabhängig von Parteizwängen, was eigentlich dem freien Mandat eines jeden Abgeordneten im Landtag entspricht.

Mit dieser Haltung fahren wir gut. Das haben uns die jüngsten Abstimmungsresultate gezeigt. Grosse Mehrheiten folgten unseren Gegenargumenten in den Abstimmungen zur Durchführung der «Tour de Ski», zu HalbeHalbe wie auch zur S-Bahn, etc.

Wenn auch Dir unsere Oppositionspolitik zusagt und Du dich für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen möchtest, dann kandidiere doch in den kommenden Landtagswahlen.

Wir nehmen noch Kandidatinnen und Kandidaten auf unsere Wahlliste.

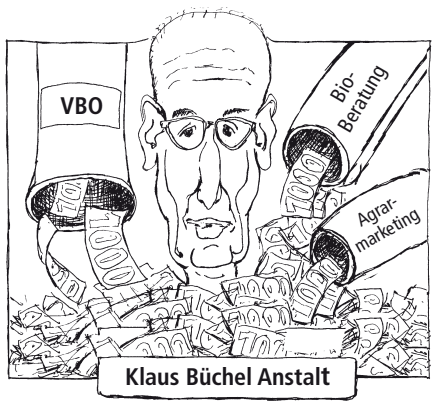
Wir suchen couragierte, unabhängig denkende und handelnde Frauen und Männer, die bereit sind, sich ohne Nebenrücksichten und eigennützige Hintergedanken für unser Land zu engagieren.

Wenn Du kandidierst, werden wir dich mit reichlich vorhandener Landtagserfahrung und einem professionellen Kommunikations-Team tatkräftig unterstützen.

Fühlst Du dich angesprochen? Melde Dich unter:
info@du4.li oder unter der Telefonnummer 230 08 80

Die Landwirtschaft serbelt, die Bürokratie boomt

von Werner Frommelt



Im Agrarbericht 2020 der Regierung ist zu lesen, dass die hiesige Landwirtschaft mit 104 direktzahlungsberechtigen Betrieben, ein Drittel der Landesfläche bewirtschaftet und 72 Prozent ihres Einkommens durch staatliche Zuschüsse in der Höhe von insgesamt CHF 13 Millionen generiert. Der grösste Teil der CHF 13 Millionen fliesst an Landwirte im Flachland, die ihre grossen, von der VBO und Regierung bevorzugten Betriebe nur mit staatlicher Unterstützung und immer mehr mit computerisierten Melkanlagen (ebenfalls subventioniert) betreiben können. Milch wird von knapp 40 Bauern zum grössten Teil mit Futtermais und importierten Kraftfutter produziert.

Es gibt auch eine Subvention mit dem Namen RAUS. Landwirte bekommen finanzielle Unterstützung, wenn sie ihr Vieh regelmässig aus dem Stall rauslassen. In vielen Fällen kann das Vieh aber nur auf der Betonplatte vor dem Stall verweilen. Zuschüsse, die letztlich dem Tierwohl dienen sollen, dürften m.E. nur dann vergeben werden, wenn das Vieh auch wirklich DRAUSSEN ist bzw. draussen sein kann, wann es will.

Letzthin war in den Zeitungen zu lesen, dass die Bauern im kommenden Jahr wegen Schädlingsbefall nicht auf den gleichen Flächen Mais anbauen dürfen wie dieses Jahr. Der Maiswurzelbohrer, ein kleiner Käfer, bedroht die Türken-Monokulturen. Das könnte doch ein Anlass sein, über eine Neuausrichtung der Milchwirtschaft nachzudenken. Warum wird in Liechtenstein nicht ausschliesslich Heumilch produziert? Das wäre bestimmt ökologischer, als den Kühen Silomais und Soja-Kraftfutter aus Übersee vors Maul zu werfen. Für unser Land, das sich ja selber als Bio-Weltmeister betrachtet, wäre es nicht mehr als konsequent, wenn Rinder und Kühe auf Weiden Gras fressen könnten bzw. im Winter nur mit Heu gefüttert würden.

Nicht ganz klar ist im Bericht dargestellt, wie viel von den vorgesehenen 6 Millionen Franken zur Verbesserung des Einkommens an die hart arbeitenden Bergbauern und wie viel an die vom Staat gewünschten grossen, hoch technologisierten Betriebe geht, die somit noch mehr von Unterstützung abhängig gemacht werden und dadurch auch leichter vom Staat gesteuert werden können.

Auch ist mir ein Rätsel, dass 530‘000 Franken ausreichen sollen, um die Berggebiete und Hanglagen, die immerhin zwei Drittel unserer Landesfläche ausmachen und von unseren Bergbauern durch harte körperlicher Arbeit im unwegsamen Gelände bewirtschaftet werden. Die Bauern bewahren mit ihrer Arbeit auch unsere Dörfer und Naherholungsgebiete vor Muren und Erdrutschen.

Gleichfalls ist mir ein Rätsel, dass für die vom Staate so hoch gelobte Alpwirtschaft auf 1‘700 Hektaren Alpfläche 750‘000 Franken genügen sollen, um die wunderschönen Alpweiden von Verbuschung und Murgängen zu schützen. Das ergibt pro Hektar gerade mal 441.17 Franken. Alpwirtschaft ist Knochenarbeit, die hauptsächlich von Hand ausgeführt werden muss.

Im Vergleich dazu wird die VBO und die Stiftung Agrarmarketing sowie weitere Organisationen, die von der Klaus Büchel Anstalt Mauren geführt werden, mit 820‘000 Franken bezuschusst.

Es ist wohl richtig, dass Subventionsempfänger auch kontrolliert werden und an die Leine genommen werden. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Bürokratie, welche die Leine hält, auch noch mehr Geld bekommt als die Bauern, welche die eigentliche Arbeit machen. Die Bürokratie und die daraus resultierenden Schikanen werden unverhältnismässig finanziert.

Ein Schelm, wer Böses denkt: Die Kleinen lässt man arbeiten, dafür werden die Bürokraten übermässig gefördert.

Seltsame Liechtensteinische Steuerpraxis

von Ivo Kaufmann

In welchem Zusammenhang mit dem Coronavirus steht das aktuelle Liechtensteinische Steuersystem betreffend die Besteuerung von Liechtensteiner Firmen? Auf den ersten Augenblick ist man geneigt zu sagen: Da gibt es keine Verkettung. Wenn man jedoch genauer hinschaut, fallen einem im Zusammenhang mit den Covid-Massnahmen folgende Probleme auf: Viele Firmen, denen wegen Schliessung oder Geschäftsrückgang aufgrund dieser Massnahmen in kurzer Zeit der Schnauf ausging und die Kredite gebraucht haben, werden nun mit Vorwürfen eingedeckt, dass sie nicht genug gespart hätten, um eine Krise zu überstehen. Dem steht die Praxis der Steuerverwaltung entgegen: Zu viel Liquidität bedeutet für die Steuerverwaltung ja «nicht notwendiges Betriebsvermögen». Man erinnere sich daran: Ursprünglich war betriebsnotwendiges Kapital, das mit einen Eigenkapitalzins von vier Prozent abgegolten wurde, das Kapital, das zur Erreichung des Betriebszweckes erforderlich ist. Zwischenzeitlich bestimmt jedoch die Steuerverwaltung, was betriebsnotwendig ist und was nicht. Also sind die Unternehmer gezwungen, die Liquidität ständig zu reduzieren und allenfalls auszuschütten, wenn das Unternehmen nicht von der Steuerverwaltung bestraft werden will. Die Steuerverwaltung zwingt die Unternehmen ja geradezu, wenig Liquiditätsreserven zu halten, was nun in Krisenzeiten wie Covid- 19 kontraproduktiv ist für die Unternehmen, denn die Liquidität fehlt nun. In die gleiche Richtung geht‘s bei folgender Thematik: Ein Unternehmer hat nicht mehr die Möglichkeit, seinen Lohn an die Situation (sei es am Anfang eines Unternehmens oder in einer Krisenzeit) anzupassen. Die Steuerverwaltung sagt ihm, wie viel er verdienen muss, egal wie die Situation seiner Firma ist.

Was lernen wir daraus: Was betriebsnotwendiges Vermögen ist und welche Löhne festgesetzt werden, sollte einzig und allein Aufgabe des Unternehmers sein. Die jetzige Steuerpraxis muss der Realität einer liberalen Marktwirtschaft angepasst sein und bleiben.

Die Geister, die ich rief...

von Jürgen Beck

Gibt man dem Politologen Wilfried Marxer recht, wenn er bei der Analyse der Abstimmungen des Super-Abstimmungssonntags sagt, dass die meisten Meinungen schon recht früh gemacht worden seien, dann kann das nur heissen, dass vor allem die Grossparteien die Volksmeinung von Anfang an nicht gespürt haben. Eigentlich seltsam, weil die sogenannten Volksparteien ja gemäss ihren Aussagen, das Ohr beim Volk haben sollten. Nun, sich täuschen ist menschlich, vor allem die Politik täuscht sich immer wieder.

Was allerdings gar nicht geht, ist wie gewisse Leute die freie Meinungsäusserung mit Füssen treten. Inakzeptabel ist, dass Leute mit anderer Meinung als Querulanten, Neinsager oder gar dumm bezeichnet werden. Gerade diejenigen, die immer vollmundig behauptet haben, dass sie tolerante Demokraten seien, haben sich auf ein bedenkliches Niveau herabgelassen. Bei so manchem übereifrigen Helfershelfern sind die Gäule mächtig durchgegangen. So waren beispielsweise die Aussagen eines ehemaligen Landesplaners, der in seinen Leserbriefen vor Beleidigungen nicht zurückscheute, oder des Präsidenten der Wirtschaftskammer, der die Gegner des S-Bahn als Lügner bezeichnete, in einer beispiellosen Art und Weise unwürdig und zeugen von einem seltsamen Demokratieverständnis. Unglaublich und dennoch entlarvend sind die Aussagen eines ehemaligen Parteipräsidenten der dem Liechtensteiner Stimmvolk nach der Abstimmung «Kleingeistigkeit» vorwarf.

Ich habe diese Beispiele nur exemplarisch aufgeführt, denn sie zeigen auf, wie es um die sogenannte Liechtensteinische Elite steht. Unfähig, die Bedürfnisse der Liechtensteiner zu erkennen, und – was noch schlimmer ist – unfähig eine andere Meinung zuzulassen.

Die S-Bahn-Abstimmung ist typisch für die Untiefen entlang des Liechtensteiner Weges und offenbart uns den Zustand der politischen Elite ungeschönt. Glücklicherweise ist das Stimmvolk klug genug und erkennt, wenn man ihm etwas vorgaukeln will.

Aber wie kann es sein, dass die so hoch dotierten politischen Berater alle falsch gelegen haben? Das liegt meiner Meinung nach daran, dass man in diesem Fall versucht hat, für

> .. als Querulanten, Neinsager oder gar als dumm bezeichnet werden.

den designierten Regierungschefkandidaten und seines Zeichens Verkehrsminister Daniel Risch ein wahlkampftaugliches Instrument zu schaffen, dass ihn in den politischen Himmel schiessen sollte. Die Formel ist simpel und man wählt in Ermanglungen von Ideen und Visionen, das Thema Verkehr, an dem schon Generationen gescheitert sind. Das war, wie wir wissen, keine gute Idee, der Schuss ist nach Strich und Faden nach hinten losgegangen. Eine seltsame Rolle spielt dabei der Koalitionspartner, die FBP, welche die Regierungsverantwortung trägt. Hat die FBP naiv dem politischen Mitstreiter VU vertraut oder war da mitunter politisches Kalkül dahinter? Vermuten kann man letzteres, wenn man sieht, wie dem Verkehrsminister nach dem Desaster der Abstimmung genau aus dieser Ecke die Schuld für das Scheitern der Vorlage in die Schuhe geschoben wurde. So geht Führungsverantwortung nicht, das ist verantwortungslos, das ist Kindergarten und nichts weiter.

Geradezu bizarr wird es, wenn man sieht, wie unterwürfig sich Verbände und Privatpersonen vor den Karren spannen liessen. Wenn man sich die einzelnen Akteure genau anschaut, kommt man nicht umhin, ein gewisses Muster zu erkennen. Ohne lange hinzusehen lassen sich Abhängigkeiten und erkaufte Loyalitäten erkennen.

Wirklich schlimm wird es, wenn Stimmbürger von ihren Arbeitgebern unter Druck gesetzt werden oder – wie bei der Wirtschaftskammer geschehen – die Verbandsmitglieder aufs massivste beeinflusst werden sollten. Dem Präsidenten der Wirtschaftskammer empfehle ich hier speziell, über die Bücher zu gehen. Ich jedenfalls fühle mich in einer solchen Interessenvertretung nicht mehr zu Hause.

«Die Geister, die ich rief, werd‘ ich nicht mehr los» lautet das geflügelte Wort. Regierungsrat Risch hat sie gerufen und dann die Kontrolle über ihr Tun verloren. Das dürfte ein Grund dafür gewesen sein, dass er im Abstimmungskampf um «seine» S-Bahn so deutlich unterlag. Das Verdikt des Volkes war eindeutig, da nützen auch die jämmerlichen Erklärungsversuche der in der Abstimmung Unterlegenen nichts, um die Geister loszuwerden. Deshalb würde ich einigen politischen Akteuren und Verbandsvertretern empfehlen über das Ende ihrer politischen bzw. Funktionärskarriere nachzudenken, um so einen Beitrag zu einem «geisterfreien», aber geistvollen und zukunftsfähigen Liechtenstein zu leisten.

Für mich war der Abtimmungssonntag ein guter Tag, der Hoffnung macht. Ich bin sehr stolz darüber, dass so viele Landesangehörige sich nicht haben verunsichern oder vereinnahmen lassen und von ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch gemacht haben. Zum guten Glück von uns allen brauchen wir Liechtensteiner keine Geister um Hilfe zu rufen.

Berta‘s Bio

von Jack Quaderer

Der Milchhof schlägt mit seinem neuen Logo «Berta‘s Bio» wieder einmal ein neues Kapitel auf. Eigentlich müssten da die Alarmglocken läuten. Jedes Mal gingen solchen Ankündigungen schlechte wirtschaftliche Zahlen, Kündigungen oder Käseabsatzschwierigkeiten in Deutschland (und anderswo) voraus.

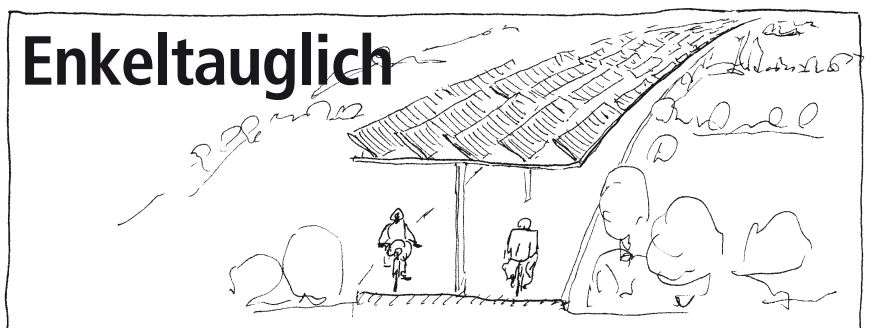
Da gab es auch noch einen Abwasserskandal. Der Milchhof leitete Jahre lang Säure ins Abwasser. Beim Neubau wurde aus Kostengründen auf eine Neutralisierungsanlage verzichtet. Nachträglich musste nun so eine Anlage eingebaut werden. Natronlauge und Salpetersäure hatten die Kanalisation zerfressen und es gelangte säurehaltiges Wasser ins Grundwasser. Man bedenke: Der Nachbar, die Hilcona (Nahrungsmittelfabrik), pumpt ca. 150 Meter vom Milchhof entfernt Grundwasser für ihre Gemüsewaschanlagen aus dem Boden.

Wer ist nun verantwortlich für dieses Fiasko? Die Baubehörde, das Amt für Umwelt, der Generalunternehmer und der Milchhof? Alle ein bisschen. Dass der Fall rechtliche Folgen haben wird, ist eher unwahrscheinlich. Man hebt wieder einmal den grossen Teppich und weg damit.

Zwei Fragen hätte ich noch: Warum hat der Milchhof den neuen Auftritt von einer Thurgauer Agentur kreieren lassen? Gibt es im Land keine Grafiker, die eine Kuh namens Berta zeichnen könnten?

Und die zweite Frage: Bekommt der Milchhof von unseren Milchbauern in Zukunft noch genügend Milch, um die hochwertigen Milchprodukte alle herstellen zu können? Oder wird Milch aus dem Ausland herbeigeführt werden müssen?

Enkeltauglich



Statt ÖBB-Geleise ein überdachter Fahrradweg mit einem über 100‘000 m² grossen Solarkraftwerk, zu 100 % in Liechtensteiner Besitz.

von Jack Quaderer

Das Wort **«enkeltauglich»** wurde im Zusammenhang mit der S-Bahn-Abstimmung arg strapaziert. Man sollte gescheiter ernsthaft in die Zukunft schauen und darüber nachdenken, was auf der Bahntrasse alles gemacht werden könnte, wenn man die Schienen zurückbaut (aufrollt). Stellen sie sich vor, wir hätten keine Bahnschranken mehr, dafür aber eine Strasse fürs Fahrrad, E-Bike usw.

Zunächst dürfen wir eins nicht machen: den Eisenbahnvertrag mit der ÖBB bzw. Österreich verlängern. Egal, ob unser Verkehrsminister anderer Meinung ist und er den Kotau vor der ÖBB schon gemacht hat – den Vertrag dürfen wir nicht verlängern. Das hat das Abstimmungsresultat klar gemacht. Dieser Vertrag ist das einzige Pfand, das wir haben, um mit dem Land Österreich auf Augenhöhe verhandeln zu können. Dass die Züge franco gratis durchs Land fahren und nur Lärm und Staub hinterlassen, das ist ein «NO GO», so war‘s einmal, heute aber nicht mehr. Abgerechnet wird pro Tonne und Kilometer, heisst es überall in Europa. Warum nicht bei uns?

Diplomatisch geschicktes Verhandeln ist gefragt. Am Ende des Verhandelns muss eine Win-win-Situation herauskommen. Wir dürfen uns nicht selber den ganzen Verkehr aufhalsen, ohne dabei auch nur den geringsten Vorteil für uns herauszuholen.

Wir müssen über neue, wirklich enkeltaugliche Wege nachdenken.